

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins
Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke
Band: 62 (1971)
Heft: 24

Artikel: Hässliche Schweiz?
Autor: Kägi, U.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-915878>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hässliche Schweiz?

Es geht um das Überleben des Kleinstaates

Vortrag, gehalten an der Generalversammlung des SEV vom 25. September 1971 in Flims,
von U. Kägi, Zürich

614.7 (494)

Sie, meine Damen und Herren, sind, wie Max Frisch im Vorwort zum sozialdemokratischen Wahl-Manifest 1971 ausführt, «die Inhaber der wirtschaftlichen Macht», «ohne gewählt werden zu müssen». Jeder Versuch einer wirklichen Lösung unserer nationalen Probleme kostet Ihre bisherigen Vorrechte, meine Damen und Herren. Denn: «Vorrechte sind meistens durch Revolution gefallen», sagt der Dichter. Die Schweiz, in der wir leben, sei nicht seine Schweiz, sondern nur die Schweiz der gegenwärtigen Inhaber; also nur Ihre Schweiz; nur eine «Demokratie, als hätten wir sie schon».

In seinem Schweizerpsalm singt Friedrich Dürrenmatt:

«Die Ärsche deiner Staatsanwälte und Richter
Lasten so schwer auf ihr (der Gerechtigkeit)
Dass ich das Wort Freiheit kaum mehr ertragen kann
Das du ständig im Maule führst
Deine Glaubhaftigkeit zu beweisen
An die niemand mehr glaubt
Nur noch deine Bankgeheimnisse sind glaubhaft.»
In diesem Lande werde es langsam genierlich,
«Einem Bundesrat die Hand zu reichen.
Noch sind wenige, die denken,
doch die Mehrheit
Stampft sie in den Untergrund
Stempelt sie zu Kanalisationsschweizern. So
Untergraben sie denn als Maulwürfe
Den Boden, der dich trägt, mein Land,
Verändernd mit der Zeit
Was du unveränderlich hältst
Einen besudelten Schweizerpass in der Tasche.»

Der brasilianische Erzbischof Dom Helder Câmara legt uns nahe, «den Begriff Neutralität neu zu überdenken und ihr einen neuen Inhalt zu geben». Unser Friede sei faul und erlogen, «wenn er auf der Ungerechtigkeit beruht». Wir müssten unsere wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Strukturen schleunigst ändern.

Das deutsche Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» stellte, gestützt auf Zulieferungen aus der Schweiz, unser Land kürzlich als «Vorbild von gestern» vor, das die Zeit verpasst habe. Es repetiert Aussagen, die wir grösstenteils bereits kannten, nämlich: Wir würden zum «Dorftrottelparasiten Europas»; die Schweiz und die Welt hätten sich auseinandergeliebt; in Sachen Demokratie befänden wir uns hinter Mexiko auf dem letzten Platz; die vielgerühmte Demokratie werde von Mächtigen manipuliert; sie werde bei uns zur Sau gemacht; wir seien eine der konservativsten Nationen der Welt; unser Land sei zu einem musealen Mikrokosmos des Kleinkarierten erstarrt; in Sachen Bildung seien wir irgendwo zwischen Portugal und Griechenland gelandet; unsere Armee sei bloss eine heilige Kuh; wir fürchteten jede Aufklärung, «weil damit das ganze System gefährdet würde»; eine Freiheit, die vergessen habe, dass Kritik sie nicht bedrohe, sondern ehre, sei nur noch eine behauptete Freiheit.

Schriftsteller, die sich für die Blüte ihrer Branche halten, finden, an der Schweiz sei nichts mehr verteidigungswürdig. In Genf und vielleicht auch anderswo stapeln revolutionäre Studenten Sturmgewehre und Munition, um das, was gar manche Dichter und Denker seit Jahren geistig vorbereiten (sich von den Folgen aber jeweils schleunigst distanzieren), zu gegebener Zeit auch in die Tat umzusetzen.

Für viele ist die Schweiz eben so hässlich geworden, dass sie ihre Beseitigung als seelische Wohltat empfinden würden. Auch in den dreissiger Jahren gab es eine ähnliche Stimmung. Gerade im Vertrauen auf die Freiheit, die durch Kritik nicht bedroht, sondern geehrt wird, könnte man getrost über diese Erscheinungen hinweggehen, wenn sie nicht überspitzter Ausdruck einer um sich greifenden allgemeinen Unsicherheit wären. Kommen wir mit unseren Aufgaben noch zurecht? Was hat unser Kleinstaat in der Welt der Grossen noch zu melden?

Heilsame Selbstprüfung

Diese Selbstprüfung ist, auch wenn sie oft ausgesprochen selbstquälerische, zerstörerische oder einfach lächerliche Züge annimmt, wahrscheinlich die entscheidende Kraft, die der Eidgenossenschaft über Jahrhunderte hinweg immer wieder die Anpassung an neue Verhältnisse und damit ihr Überleben ermöglichte. Sie scheint allerdings die anderen Völkern nachgerühmte Heiterkeit des Gemütes in der Regel auszuschliessen.

Die Abwertung der Schweiz durch viele Schweizer steht allerdings in einem auffälligen Widerspruch zu ihrer Aufwertung durch Ausländer, die in so grosser Zahl in die Hausgemeinschaft des Dorftrottels Europas drängen, dass die Eindämmung des Zustromes zu einem nationalen Hauptanliegen geworden ist. Massenweise Abwanderung aus dem «Vorbild von gestern» wäre eigentlich einleuchtender. Doch selbst der «Spiegel» stellt fest, der Schweizerpass sei der begehrteste der Welt, obwohl ihn Friedrich Dürrenmatt für besudelt hält.

Flüchtlinge aus Ungarn, Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei, allein schon in diesem Jahr 750 Asylgesuche, Arbeiter aus einem Dutzend Länder, Studenten aus allen Himmelsrichtungen, Poeten, Musiker, Rentner, Playboys und Steuerdefraudanten wählen aus unterschiedlich edlen Motiven mit den Füissen das Schweizerhaus, das manche seiner Besitzer für eine abbruchreife Baracke halten.

Offenbar gibt es eine psychologische Regel, wonach der Schweizer um so hemmungsloser seinem Unmut die Zügel schiessen lässt, je gesicherter sein Staat in der Völkergemeinschaft dazustehen scheint. Ist er hingegen, wie vor 30 Jahren, von Annexion bedroht, fühlen sich die streitlustigen Bürger dieses Staates plötzlich wie ein Mann und eine Seele. Und sie

finden, die Baracke, die sie eben noch abbrechen oder kurzerhand anzünden wollten, sei eigentlich ganz wohnlich und jedenfalls jeder anderen Behausung bei weitem vorzuziehen.

Über die Motive derjenigen, welche die Schweiz heutzutage abermals für hoffnungslos «out» halten, bin ich mir nicht so ganz im klaren. Zumindest sind zwei Interpretationen möglich. Am nächsten liegt wohl die Annahme, es gehe diesen Mitbürgern darum, Zustände und «Strukturen», die ihnen als unhaltbar erscheinen, zu überwinden und durch bessere zu ersetzen, selbst wenn dieses Bessere eigentlich nie überzeugend genug geschildert wird. Doch werde ich den Verdacht nicht los, manch einer ergehe sich vor allem deshalb in schonungsloser Kritik, um einen triftigen Vorwand zu haben, seine Musse mit gutem Gewissen weiterhin im Liegestuhl und im Wochenendhaus verbringen zu dürfen. Solche Alibi-Kritik rechtfertigt das eigene Wohlbefinden und das staatsbürgerliche Nichtstun um so eindrucklicher, je prinzipieller sie drapiert wird.

Diesen Verdacht stützt die Feststellung, dass zwar seit Jahren so ziemlich alles und jedes in Frage gestellt wird, aber sich noch nirgends eine tragfähige Strömung abzeichnet, die das grundlegend Neue nennen oder wenigstens andeuten könnte, das uns von allen unseren bisherigen Übeln erlösen würde. Das Missverhältnis zwischen Verdammung des Vorhandenen und der Dürftigkeit des Entwurfs zum Besseren macht jedenfalls stutzig. Gewiss ist in den letzten Jahren eine Belebung der politischen Szenerie zu beobachten. Wohl noch nie waren gleichzeitig so viele Volksbegehren unterwegs wie jetzt. Doch ist unverkennbar, dass sie in die verschiedensten Richtungen zielen und nur selten die Unterstützung breiter Volkskreise finden. Die mit den Zuständen Unzufriedenen gruppieren sich in entgegengesetzten Lagern: bei der Nationalen Aktion wie auch bei der Jungen oder Neuen Linken. Jedenfalls müssen wir sehr acht geben, dass unsere Kräfte im angeregten, bisweilen sogar erregten Gerede über angebliche und wirkliche Tabus und dringende Reformen nicht vorzeitig erschöpft werden, weil sie sich gegenseitig ausbalancieren.

Ich kann mir nicht recht vorstellen, dass insbesondere jüngere Mitbürger zum vermehrten Mittun angeregt werden, wenn ihnen täglich vorgejammert wird, die Schweiz sei sowieso ein hoffnungsloser Fall. Wer wollte dafür auch nur den kleinen Finger krümmen? Da legt man sich doch lieber gleich irgendwo bequem hin und döst den kommenden Dingen entgegen. Obwohl ich mich nicht auf eine wissenschaftlich patentierte Meinungsumfrage stützen kann, scheint mir politische Abstinenz verbreiteter zu sein als der angebliche Drang zum Engagement. Denn sonst müsste man doch davon etwas merken.

Leute, die weit in der Welt herumgekommen sind, bestätigen, dass selten in einem Lande so ausgiebig, ja schadenfroh über die eigenen Zustände geschnödet wird wie hier. Das war allerdings auch schon früher immer wieder so. Paradox ist nur, dass wir uns gleichzeitig der Selbstzufriedenheit bezichtigen. Sind wir nicht eher ein Volk von geborenen und häufig erst noch völlig humorlosen Nörglern?

Gestörtes Selbstverständnis

Beide Haltungen — die angebliche Selbstzufriedenheit wie auch die Schimpfflut — deuten darauf hin, dass es gar nicht so einfach ist Schweizer zu sein. Franzosen, Italiener, Deutsche, Engländer fragen sich nicht, warum sie Franzosen, Italiener, Deutsche oder Engländer sind. Selbst als Mitglieder eines

Vereinigten Europas sind und bleiben sie es einfach. Immer wieder in ihrer Geschichte fragen sich aber die Schweizer, warum sie Schweizer sind. Denn wir sind es nur, wenn wir wollen. Wir meinen, unser Dasein begründen zu müssen; begründen, warum die Deutschschweizer nicht Deutsche, die Welschen nicht Franzosen, die Tessiner nicht Italiener, sondern gemeinsam Schweizer sein wollen. Darum haben wir das immer wiederkehrende Bedürfnis, unsere Existenz vor uns und der Welt zu rechtfertigen. Was liegt da näher, als das mit dem selbstgefälligen Hinweis auf unsere exemplarischen Leistungen auf allen nur denkbaren Gebieten zu tun? Seht nur: Niemand ist so wie wir! Und was liegt näher, als gleichzeitig mit beissender, nörgelnder Ironie über das von uns selbst erfundene Traumbild herzufallen und es mit der Wirklichkeit zu vergleichen. So entspringen Selbstzufriedenheit und Selbstzerfleischung möglicherweise derselben Ursache: einem permanent labilen Selbstverständnis, das zwischen Überheblichkeit und Minderwertigkeitsgefühlen oszilliert. Deshalb müssen wir immer wieder auf die Frage, die sich den meisten anderen Staaten gar nicht oder kaum in dieser Schärfe stellt, Antwort suchen: Wozu ist die Schweiz da? Ohne diese Antwort wird es auch keine Schweiz mehr geben.

In der Geschichte sind vermutlich mehr Staaten untergegangen, als es zur Zeit gibt. Warum gehen Staaten unter? Warum entstehen neue? Auch wenn die Eidgenossenschaft bald 700 Jahre alt ist, gibt es selbstverständlich kein historisches Gesetz, wonach sie abermals 700 Jahre leben wird. Die Schweiz ist nicht schon allein deshalb eine Selbstverständlichkeit, weil sie schon lange da ist. Sie war überhaupt nie eine Selbstverständlichkeit. Sollte sich unter der heranwachsenden Generation die Ansicht durchsetzen, sie habe keinen Zweck mehr, gibt es diesen Staat bald nicht mehr.

Natürlich stellt nicht jede Kritik die Schweiz als solche in Frage. Es gibt Kritik, die auf Reformen innerhalb dieses Staates hinzielt. Es gibt aber auch eine andere Kritik, die letztlich seine Daseinsberechtigung verneint, auch wenn sie das aus taktischer Rücksichtnahme meistens nicht offen ausspricht. Es wäre verhängnisvoll, dieser Herausforderung angstvoll ausweichen zu wollen, denn die Schweiz erträgt wohl schärfste innere Auseinandersetzungen über die zeitgemässe Ausgestaltung ihrer Einrichtungen; nicht überstehen kann sie aber schadenfrohe Gleichgültigkeit gegenüber ihrem Schicksal, als habe sie sich bereits aus der Weltgeschichte abgemeldet; als sei die Zeit über sie hinweggegangen.

Hat die Schweiz Zukunft?

Kann die Schweiz in der überblickbaren Zukunft überhaupt ihre staatliche Selbständigkeit bewahren? Und wenn sie es kann, warum soll sie eigentlich? Wäre es nicht viel zeitgemässer, das Sonderzüglein aufzugeben, um vorbehaltlos in den europäischen Zug umzusteigen; um, wie geschrieben und geglaubt wird, den verpassten Anschluss wieder zu finden?

Ein ganzes Bündel von Entwicklungen stellt für den Kleinstaat schweizerischen Zuschnitts beispiellose Herausforderungen dar. Sollte er beim wissenschaftlich-technischen Vorstoss ins Hintertreffen geraten, könnte er sich auf die Dauer tatsächlich weder wirtschaftlich noch politisch behaupten. Auf wirtschaftlichem Gebiet stellt sich die Frage, ob es möglich oder allenfalls sinnvoll ist, einen staatlichen Körper beizubehalten, der schon bald in keiner Weise mehr mit dem wirtschaftlichen

übereinstimmt. Angesichts der zunehmenden Mobilität der europäischen Bevölkerung — Ausländer kommen in die Schweiz, Schweizer gehen ins Ausland — verflüchtigt sich allmählich das Staatsvolk, ohne das es höchstens noch einen Verwaltungsbezirk, aber keinen Staat mehr geben kann. Ähnliche Probleme stellen sich auf dem Gebiet der Verteidigung. Müssen, können wir uns noch selbst behaupten? Also nicht nur von den Kritikern, sondern von der Sache selbst her ist die Schweiz in Frage gestellt.

Auf alle diese Fragen müssen wir glaubwürdige Antworten finden. Vielleicht rührt die gegenwärtige Unsicherheit wenigstens zum Teil daher, dass wir zwar ihre Gegenwart mehr oder weniger deutlich empfinden, uns aber immer noch scheuen, sie offen und ruhig zu erörtern. Falls wir zum Schluss gelangen sollten, dass die Uhr der Schweiz nicht nur falsch, sondern sogar ausläuft, müssen wir natürlich auch herausfinden, was dann eigentlich ihren Platz einnehmen soll.

Ein solches Gedankenspiel halte ich keineswegs für hochverräterisch, sondern für sehr heilsam. Wer an der gegenwärtigen Schweiz keinen guten Faden mehr lässt, sollte sich wirklich der Mühe, Alternativen zu entwerfen, nicht allzu bequem entziehen können. Ich gehe aber noch einen Schritt weiter: Wenn ein erheblicher Teil unserer Bevölkerung tatsächlich zum Schluss gelangen sollte, das Abenteuer Schweiz sei zu beenden, da sie ihre Rolle ausgespielt habe, muss er notwendigerweise einen anderen Weg suchen und dafür auch die Verantwortung übernehmen. Staaten sind schliesslich kein Selbstzweck. Auch die Schweiz nicht. Sollte die Aufgabebereitschaft unter dem Einfluss unserer prominenten Dichter und Denker die Oberhand gewinnen, würde die Kraft für die Fortsetzung des Experimentes Schweiz ohnehin fehlen.

Ohne Schweiz

Wie soll man sich diesen Raum zwischen Boden- und Genfersee eigentlich vorstellen, wenn es keine Schweiz mehr gäbe? Denis de Rougemont hat geistig diese Liquidation bereits vollzogen, als er sich vor kurzem für ein Europa der Regionen aussprach, wobei er — in Anlehnung an das mittelalterliche Burgund — die Westschweiz mit einem Teil Frankreichs vereinigte; die deutsche Schweiz würde wohl irgendwie mit Schwaben und Württemberg verheiratet, das Tessin mit einer Region Poebene. Der Phantasie sind also keine Grenzen gesetzt.

Um nicht ganz den Boden unter den Füßen zu verlieren, schlage ich vor, sich an einige Tatsachen zu halten, die auch das allfällige Ende der souveränen Schweiz überdauern würden.

In diesem Raum leben Menschen, die sich bisher Schweizer nannten. Wenn sie nicht zulassen wollen, dass ihr bisheriges Siedlungsgebiet infolge technischer Rückständigkeit, wirtschaftlicher Stagnation und damit absoluter oder auch nur relativer Verarmung zum Entleerungsgebiet wird, bleibt ihnen der anstrengende Wettlauf mit ihren europäischen Nachbarn auch dann nicht erspart, wenn sie die politische Verantwortung anderen überlassen würden. Niemand hat Lust oder überschüssige Kraft, den ehemaligen Schweizern die Aufgaben, die ihnen zu schwer geworden sind, abzunehmen. Auch in einer in ihre Bestandteile zerlegten Schweiz muss man nämlich Kläranlagen bauen und finanzieren, die Entwicklung der Siedlungen planen, das Schulwesen modernisieren usw. Die Aufgaben bleiben, auch wenn es keine Schweiz mehr gäbe.

Somit bleibt nur die Frage, ob die Liquidation der Schweiz die Lösung der in ganz Europa anstehenden Aufgaben erleichtern würde. Dafür allerdings vermag ich nicht den geringsten Hinweis zu entdecken.

Fest steht jedoch, dass die Liquidation der Schweiz einen Berg neuer und völlig überflüssiger Probleme schaffen würde. Das wichtigste ist, dass der Leistungswille eines Volkes, das bisher für sein Wohl und Wehe selbst verantwortlich war, an der Wurzel getroffen würde, wenn es in Regionen aufgeteilt wird, in denen es nur noch *quantité négligeable* wäre.

Wie auch immer man sich die Auflösung der Schweiz vorstellen mag, bedeutet sie die Zerstückelung eines lebendigen Körpers zugunsten von neuen Grenzen, die — wenn keine neuen, unentwirrbaren Minderheitenprobleme geschaffen werden sollen — notwendigerweise mit den teilweise sehr fließenden Sprachgrenzen (man denke nur an die zweisprachigen Städte Biel und Freiburg) zusammenfallen müssten. Doch das würde bedeuten, dass man nicht nur die Schweiz, sondern auch einige Kantone auseinanderreißen müsste.

Welchen Nutzen kann sich ein vernünftiger Mensch davon versprechen? Und welchen Gewinn hätte Europa davon? Die direkte Nachbarschaft der drei grossen Kulturgebiete — des französischen, italienischen und deutschen —, die jetzt in Gestalt der Schweiz neutralisiert und harmonisch verklammert ist, würde im Bereich der auch heutzutage noch wichtigen Nord-Süd- und West-Ost-Verbindungen neue Reibungsflächen bieten.

Schliesslich müsste auch das Macht-Vakuum, das durch die Auflösung der Schweiz entstehen würde, von irgend jemandem ausgefüllt werden, was zu Konflikten Anlass gäbe, die es heute gar nicht gibt.

Ob man nun dem Traum neuer Regionen nachhängt oder die Schweiz gesamthaft in ein vereinigt Europa einbauen will, stellt sich in allen Fällen die Frage, wer denn die Verantwortung für die äussere und innere Sicherheit in diesem Gebiet übernimmt. Je nach der Antwort müssten dann die Bewohner der Ex-Schweiz ihren Verteidigungsbeitrag in den Regionen oder im vereinigten Europa erbringen, es sei denn, dass sie sich einfach dem Schutz und damit der Verfügungsgewalt einer anderen Macht unterstellen wollen. Keine der denkbaren Lösungen verspricht mehr Sicherheit, weder für die Ex-Schweizer noch für ihre Nachbarn, noch eine an sich wünschbare Ersparnis an finanziellen Mitteln.

Wohl nie erkennt man die Daseinsberechtigung der Schweiz deutlicher, als wenn man mit dem Gedanken ihrer Auflösung spielt. Wem diese Gedankengänge absurd vorkommen, richte seine Vorwürfe bitte nicht an mich, sondern an diejenigen, die ausdrücklich oder getarnt eine Politik verfolgen, die genau darauf hinausläuft. Mehr als absurd ist es, solche Ziele zu verfolgen, ohne sich über die unausweichlichen Konsequenzen für uns und unsere Nachbarn auch nur eine Sekunde lang den Kopf zu zerbrechen. Vielleicht nur unbewusst fördert diese Ziele auch, wer an diesem Lande nichts mehr zu entdecken vermag, was ihm verteidigungswürdig erscheint. Wenigstens verbal haben diese Mitbürger die Selbstaufgabe vollzogen.

Wenn es aber eine gangbare Alternative zur Schweiz gar nicht gibt, müssen wir aufhören, unsere Zeit und Energie weiterhin an die Frage zu verschwenden, ob sich unser Staat behaupten *kann*, weil er sich behaupten *muss*, um unserer Bevölkerung den Weg in die Zukunft freizuhalten. Einfach ist das ohnehin nicht.

Supermächte und Kleinstaaten

Wann gehen Staaten unter? Wenn sie unfähig sind, die Lebensbedürfnisse ihrer Bevölkerung zu befriedigen; und wenn dieser der Wille fehlt, die dafür notwendigen Anstrengungen und Opfer auf sich zu nehmen. Wann entstehen neue Staaten? Wenn ein Volk die Kraft aufbringt, seine Angelegenheiten ohne fremde Vormundschaft selbst zu ordnen. Das ist das letztlich entscheidende Kriterium, an dem das Lebensrecht der Staaten abgelesen werden kann. Das Völkerrecht kann es nur registrieren, aber nie wirklich garantieren.

Die Epoche seit dem Zweiten Weltkrieg ist nicht nur das Vierteljahrhundert der zwei oder drei Supermächte, der grossräumigen Integration, des internationalen industriellen Zusammenschlusses, sondern auch der Geburt einer Vielzahl von Kleinstaaten, deren Existenzgrundlagen zum Teil bei weitem prekärer sind als die schweizerischen. Und innerhalb sehr grosser und mächtiger Staaten zeichnen sich Bewegungen zugunsten der Regionalisierung, zum Abbau des Zentralismus, zur Autonomie einzelner Bevölkerungsgruppen, zur Profilierung ethnischer oder kultureller Minderheiten ab. Wahrscheinlich ist es gerade der von der Technik und der Wirtschaft geförderte Trend der Uniformierung und Standardisierung der Lebensverhältnisse, der den oft unterschätzten Gegentrend der Differenzierung ausgelöst hat oder doch fördert. Man würde das natürliche Bedürfnis der Menschen nach Selbstidentifikation verletzen, wollte man diesen Gegentrend als vorgestrigen Nationalismus abtun. Der grösstmögliche Wirtschaftsraum ist nicht notwendigerweise auch in politischer Hinsicht die optimale Grösse (vielleicht nicht einmal in wirtschaftlicher!). Die heutigen Supermächte haben zwar den Beweis erbracht, dass sie zu wissenschaftlichen, technischen und militärischen Höchstleistungen fähig sind. Doch den Beweis, dass sie auch ein Leben nach menschlichem Mass zu gewährleisten vermögen, sind sie vorläufig wenigstens noch schuldig geblieben. Warum also sollten wir leichtsinnig preisgeben, was andere erst noch erstreben?

Die winzige Mittelmeerinsel Malta wagt es heutzutage, Grossbritannien herauszufordern. Seit Jahren behauptet sich Kuba in Griffnähe der USA. Nordvietnam scheint als Sieger aus dem jahrelangen Ringen mit dieser Supermacht hervorzugehen. Israel trotz seit Jahrzehnten zahlenmässig weit überlegenen Gegnern. Könnten wir von diesen und anderen kleinen Staaten nicht lernen, dass auch in der heutigen Welt der Kleinstaat durchaus reale Chancen der Selbstbehauptung hat, wenn er es versteht, die politischen Kräfte richtig auszunützen, und er entschlossen ist, für seine Unabhängigkeit notfalls auch ihren Preis zu bezahlen?

Manche machen kleinmütig geltend, angesichts der zunehmenden Interdependenz sei nationale Unabhängigkeit eine reine Illusion. Totale Unabhängigkeit kannte die Eidgenossenschaft in ihrer ganzen Geschichte nie. In Wirklichkeit waren die armen Bauernrepubliken im Vergleich zu ihren mächtigen Nachbarn kaum unabhängiger als die heutige Schweiz von den ihnen. Selbst für die Salzzufuhr waren sie auf andere angewiesen. Entscheidend jedoch ist, dass es ihnen trotz allen Abhängigkeiten gelungen ist, ihre Angelegenheiten selbst zu entscheiden — gewiss nicht unabhängig von den jeweils vorhandenen Bedingungen und Zwängen, aber unter Ausnützung des von ihnen ertrotzten Spielraums freier Entscheidung, die niemals Unterwerfung unter einen fremden Machtwillen war. Ich

vermag nicht einzusehen, warum wir diesen Weg verlassen sollten. Weder das wohlverstandene Interesse Europas noch unser eigenes verlangen es. Höchstens unser angeschlagenes Selbstbewusstsein könnte dazu verleiten.

Zu grosse Aufgabe?

Ist denn die Schweiz bei allen ihren Mängeln und Sünden weniger fähig als andere Staaten, die Lebensbedürfnisse ihrer Bevölkerung zu befriedigen? Ein guter Teil unserer heutigen Schwierigkeiten rührt ja paradoxerweise gerade daher, dass vor allem ihr wirtschaftlicher Erfolg zu schweren Gleichgewichtsstörungen geführt hat, die wir nun offenbar büssen müssen. Einen Beweis erlahmender Lebenskraft vermag ich darin allerdings nicht zu erblicken. Freilich müssen wir in der nächsten Zeit alles daran setzen, das Gleichgewicht wieder zu finden, um das Kentern unseres Bootes zu verhindern.

Die Schweiz erfüllt ihren Staatszweck, wenn sie in der Lage ist, ihren Bewohnern ebenso gute Lebensbedingungen zu bieten wie andere sowie ein Höchstmass an Sicherheit. Dafür, dass ihr das durchaus gelingt, braucht sie sich zwar vor niemandem zu rühmen, aber sicher auch nicht zu schämen. Nur eine Schweiz, die aus eigener Kraft mit ihren Problemen fertig wird, ist in der Lage, darüber hinaus einen hoffentlich ständig wirksameren Beitrag an die der ganzen Völkergemeinschaft gemeinsamen Aufgaben zu leisten.

Die seit Jahren verspottete, bezweifelte, als hinfällig bezeichnete immerwährende Neutralität der Schweiz hat soeben eine ebenso unerwartete wie kaum öffentlich erörterte Aufwertung erfahren. Die offenkundige Abneigung der Sowjetunion gegen den Vollbeitritt der Schweiz zur EWG bezeugt doch die — je nach dem Standpunkt erfreuliche oder unerfreuliche — Tatsache, dass diese Grossmacht an der Beibehaltung der traditionellen aussenpolitischen Linie unseres Landes interessiert ist. Das genau gleiche gilt für die sechs EWG-Staaten, die mit ihrem Verhandlungsangebot an Schweden, Österreich und die Schweiz anerkannt haben, dass die Weiterexistenz dieser Neutralen im Interesse Europas liegt. Die Realitäten der europäischen Machtkonstellation demonstrieren, dass die Schweiz gar nicht so offside steht, wie es manchen unserer Mitbürger vorkommt, sondern genau im richtigen Feld. Man muss sich ja nur einmal vorstellen, welche neuen Spannungen auf unserem Kontinent entstehen würden, wenn die Neutralen, zu denen in gewissem Sinne auch Jugoslawien zu zählen ist, in das eine oder andere Lager abmarschieren würden! Das wäre mindestens das Ende der vom Westen und Osten zur Zeit betriebenen Entspannungspolitik. Folglich liegt die schweizerische Neutralität nicht nur in unserem eigenen, durchaus ehrenwert egoistischen Interesse, sondern auch im europäischen. Eine Haltung, welche dieser erneut bestätigten Bedingtheit schweizerischer Existenz nicht Rechnung trägt, würde in der Katastrophe enden. Mir ist kein Staat bekannt, der absichtlich eine Politik betreibt, die seinen Interessen widerspräche. Warum sollte ausgerechnet die Schweiz das tun, ohne damit irgendjemandem zu nützen?

Unlösbar mit dieser aussenpolitischen Option ist die Pflicht zur Verteidigung aus eigener Kraft verbunden. Denn eine unbewaffnete Neutralität wäre ein Check ohne Deckung und folglich unglaublich. Zwar ist die militärische Wehrbereitschaft nicht das einzige Mittel zum Schutze der nationalen Unabhängigkeit und der Sicherheit der Bevölkerung; sie muss

durch aussen- und innenpolitische Massnahmen ergänzt werden. Aber sie ist unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die Schweiz nicht zum willenlosen Spielball fremder Machtpolitik wird. Erfolgreich ist die Wehrbereitschaft dann, wenn sie dem Land die blutige Kraftprobe erspart, wie das im Zweiten Weltkrieg nachweisbar der Fall war. Wenn bis heute Rumänien und Jugoslawien das Schicksal der Tschechoslowakei erspart geblieben ist, so verdanken sie das keineswegs dem besonderen Wohlwollen der benachbarten Supermacht, sondern ihrer Entschlossenheit, notfalls zu schießen, wie auch der geschickten Ausnützung der weltpolitischen Konstellation. Verteidigungsbereitschaft sogar gegenüber einem mehrfach überlegenen potentiellen Gegner kann also auch in unseren Tagen Blutvergiessen und Unterwerfung unter eine fremde Macht verhindern. Es ist deshalb nicht einzusehen, weshalb die Schweiz von ihrem bisherigen Kurs grundsätzlich abgehen sollte, wie uns falsche Friedensfreunde mit zunehmender Lautstärke einzureden versuchen.

Unsere demokratische Ordnung sieht sich — auch nicht zum erstenmal — völlig widersprüchlichen Anfeindungen ausgesetzt. Einerseits wird ihre unbestreitbare Schwerfälligkeit beklagt, andererseits aber tut man so, es handle sich nur um «Demokratie, als hätten wir sie schon», wie Max Frisch lehrt. Sicher kann man die direkte Entscheidungsbefugnis der Bevölkerung nicht gleichzeitig ausweiten und — durch Delegation an das Parlament und gar den Bundesrat — einengen. Auch hier genügt das Wissen darum, was wir nicht wollen, eben nicht. Wir sollten endlich dazu kommen, auch zu wissen, *was wir eigentlich wollen*.

Oft wurde gerade die schweizerische Form der Demokratie so stark idealisiert («vox populi, vox dei»), dass die Enttäuschung über die Realität nicht ausbleiben kann. Denn göttlich sind ihre Entscheidungen wohl doch eher selten. Eine völlig rationale und rationelle Staatsführung wäre zweifellos mit Leichtigkeit aufzubauen, wenn es im politischen und allgemein im gesellschaftlichen Bereich einwandfreie, wissenschaftlich zu erarbeitende Kriterien für das Richtige und das Falsche gäbe. Es gibt sie aber eben nicht. Sie existieren nur in der Vorstellung elitärer Ideologen, die ihre eigene Meinung für die einzig richtige halten und sich deshalb für berufen fühlen, diese ihren Zeitgenossen mit allen Mitteln aufzuzwingen. Sie können keine Demokratie brauchen, weil ja nur sie wirklich wissen, was dem uneinsichtigen Volk frommt, in dessen Namen sie regieren möchten, ohne es aber je zu befragen.

Demokratie ist etwas viel Unvollkommenes, aber Wirk-sameres. Sie ist ein System von mehrheitlich akzeptierten Spielregeln zur Austragung der unvermeidlichen Gegensätze der Gesellschaft. Dazu gehören nicht nur gewisse politische Strukturen oder Einrichtungen, sondern ebenso der gegenüber dem Staat abgeschirmte Freiheitsraum des Bürgers, wo sich die Meinungsbildung vollziehen und sich Initiativen ausserhalb der Behördenordnung entfalten können.

Die allen anderen Regierungsformen überlegene Weisheit der Demokratie besteht lediglich darin, dass die Mehrheit die Verantwortung für ihre eigene Klug- oder Dummheit zu übernehmen hat und nicht einfach auf Machthaber oder Sündenböcke abwälzen kann. Da die Demokratie vom Kampf der Meinungen und Interessen lebt, ist sie auch befähigt, ihre Entschlüsse zu korrigieren und sich neuen Verhältnissen ständig, wenn auch langsam, anzupassen, ohne den Staat als solchen in die Luft zu sprengen. Diktaturstaaten jedweder Färbung —

bestehende oder erst theoretisch konzipierte — werden dagegen von gesellschaftlichen Wandlungen in ihrer Existenz selbst bedroht, weshalb sie sich ihnen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der Unterdrückung widersetzen. Demokratie ist die flexibelste, reformfähigste Staatsform, weshalb sie auch alle Revolutionäre — die Frontisten der dreissiger Jahre ebenso wie die heutigen Junglinken — zur Verzweiflung bringt und deshalb ihr bevorzugtes Angriffsziel ist. Gerade eine Zeit rascher Veränderungen und verschiedenartigster Spannungen braucht Demokratie, auch wenn diese ab und zu etwas ausser Atem gerät.

Vor schwersten Belastungsproben

Man muss nicht unbedingt Hellseher sein, um die Vermutung zu äussern, dass das kommende Vierteljahrhundert auch für unser Land noch viel schwieriger sein wird als das vergangene. Mit einer begrenzten Zahl von Arbeitskräften müssen wir unsere Leistungen erhöhen, um im technischen und wirtschaftlichen Wettlauf mit den Nachbarländern Schritt halten und die Mittel für den Ausbau der Infrastruktur erarbeiten zu können. Gleichzeitig sehen wir uns dem noch kaum in vollem Umfange erkannten Dilemma gegenüber, dass jede weitere Erhöhung des allgemeinen Wohlstands die natürlichen Lebensbedingungen schwer beeinträchtigt. Man kann ihm nicht ausweichen. Zahlreiche Zielkonflikte, unvereinbare Wünsche, neuartige soziale Gegensätze werden wirksam und immer schärfer. Sie setzen jede menschliche Ordnung einer unerhörten Belastungsprobe aus, weil es völlig ausgeschlossen ist, alle Ansprüche zu befriedigen und unter einen Hut zu bringen. Man kann nicht gleichzeitig ein Motorboot und doch ruhige Seen haben wollen. Man kann nicht höhere Sozialleistungen verlangen, gleichzeitig aber die Wirtschaft erwürgen. Man kann vom Staat nicht immer mehr fordern, ihm aber höhere Steuereinnahmen verweigern. Man kann nicht die Bauern zum Teufel jagen, aber von ihnen erwarten, dass sie unsere Landschaft in Ordnung halten. Man kann nicht alle Vorteile der Großstadt beanspruchen, ohne dafür den Preis zu bezahlen. Man kann nicht unbeschränkte, allgemeine Wohlstandsvermehrung haben, ohne gleichzeitig seine Grundlagen zu zerstören. Denn nur unsere Ansprüche sind grenzenlos, nicht aber die Mittel zu ihrer Befriedigung.

Die besten Lösungen, die unter diesen Umständen gefunden werden können, sind deshalb immer unbefriedigende Kompromisse. Denn jede «saubere» Lösung zugunsten der einen Gruppe geht notwendigerweise auf Kosten der andern. Nur eine politische Ordnung, die den täglichen Interessenausgleich erleichtert, ist dieser Aufgabe allenfalls gewachsen. Je weiter die Regierung von der Bevölkerung entfernt ist, desto grösser wird die Spannung zwischen Gruppen- und Allgemeininteresse, im Extremfall bis zum Ausbruch der Gruppe aus der staatlichen Gemeinschaft, also bis zur Revolte. Die Zerreissprobe wird für jede staatliche Ordnung um so härter, je mehr Entscheidungskompetenzen an einem einzigen Punkt, nämlich an der Spitze der Pyramide, konzentriert werden. Weil sich dann auch die Unzufriedenheit, selbst wenn sie sehr unterschiedliche oder gar gegensätzliche Ursachen hat, an diesem einzigen Punkt entlädt. Daraus ergibt sich die Befürchtung, dass der grossräumige, zentralistische Staat trotz seinem scheinbar rationelleren Entscheidungsmechanismus und seiner zweifellos grösseren Macht ausserordentlich Mühe haben wird, die Belastungsproben der nächsten Jahrzehnte zu überstehen.

Auch in der Schweiz erleben wir eine ständige, vermutlich unvermeidliche Kompetenzvermehrung des Bundesrates. Damit nimmt aber auch die Gefahr der politischen Überlastung rasch zu. Sobald es einmal für tausend bisher zersplitterte Unzufriedenheiten nur noch einen einzigen Schuldigen gibt, tritt der Kollaps ein.

Wir müssen deshalb sehr darauf achten, dass die dagegen von unserem föderalistischen, direktdemokratischen System eingebauten Sicherungen nicht allmählich abhanden kommen. Denn es sorgt, wenn auch nicht mehr voll befriedigend, für eine möglichst weite Streuung der politischen Verantwortung und somit für eine Lokalisierung der Unzufriedenheiten. In keinem anderen Lande beteiligen sich verhältnismässig so viele Mitbürger in Schule, Wahlbüro, Gemeinderäten, Kommissionen und Expertengremien direkt an den Staatsgeschäften.

Unser System sorgt auch dafür, dass in allen wichtigen Fragen die politische Verantwortung an das Volk selbst zurückgegeben wird. Schliesslich verweist es grundlegende Reformvorstösse, die sich in anderen Ländern mit Massendemonstrationen und Massenstreiks durch direkten Druck auf die Regierung Beachtung verschaffen müssen, auf den Weg der Volksinitiative, worüber schliesslich wiederum der Souverän selbst zu entscheiden hat. Unser politisches System, das möglicherweise nur in einem vergleichsweise kleinen, überblickbaren Raum einigermaßen funktionieren kann, sollte verhindern, dass die unvermeidliche Kluft zwischen Regierenden und Regierten je unüberbrückbar wird; es sollte in der Bevölkerung auch das Bewusstsein gewährleisten, dass die jeweilige Mehrheit die Verantwortung dafür trägt, was getan oder eben unterlassen wird.

Sicher ist auch dieses System dauernd revisionsbedürftig. Aber keine Reform darf seine unbestreitbaren Vorteile beeinträchtigen.

Alles können wir umkrempeln, aber an zwei Dinge müssen wir mit Zähnen und Klauen festhalten: Erstens am Recht unserer Bevölkerung, selbst über ihr Schicksal zu bestimmen; was zweitens voraussetzt, dass jede Reform im Rahmen der demokratisch ausgehandelten, aber ebenfalls reformfähigen Spielregeln vor sich geht. Zu ihrem Schutz dürfen und müssen notfalls auch die staatlichen Machtmittel eingesetzt werden.

Unser System ist nicht einfach deshalb schlecht, weil es in wesentlichen Punkten anders ist als alle ausländischen Systeme. Es sind vielmehr gerade diese Unterschiede, die — wenigstens für unsere Verhältnisse — seine unschätzbaren Vorzüge ausmachen. Gemessen an den auf uns zukommenden Belastungen erscheint mir deshalb unsere, wie Herbert Lüthy sagte, archaischste Staatsordnung als unwahrscheinlich modern. Das Glück, sie immer noch zu haben, verdanken wir unserer

scheusslichen Hemmung, alle Einrichtungen unter dem Einfluss irgendwelcher Modeströmungen, die anderen Verhältnissen entspringen, jeweils schleunigst zum alten Eisen zu werfen.

Allerdings taugt auch diese Ordnung nichts, wenn wir einen schlechten Gebrauch von ihr machen. Und dieser hängt vor allem davon ab, ob sich wirklich die besten Kräfte unserer Bevölkerung noch für die «Res publica» zur Verfügung stellen. Doch auch in dieser Beziehung gilt bei uns mehr als anderswo: Wie du dich bettest, so liegst du. So wie du wählst, wirst du verwaltet. Und dein Gejammer über die Unfähigkeit der andern bleibt unglaublich, solange du nicht willens bist, es besser zu machen.

Verteidigungswürdig

Niemandem ist verwehrt, die Schweiz trotzdem als hässlich, als Vorbild von gestern, als musealen Mikrokosmos des Kleinkarierten zu empfinden. Das meinten schon die Fröntler unseligen Angedenkens. Denn auch das Recht auf Torheit gehört zu den unverlierbaren Privilegien, welche dieses Land seinen Bürgern seit eh und je gewährt hat und weiterhin gewähren muss; denn diese Grosszügigkeit macht vielen seine Kleinheit erst erträglich. Solange aber eine überzeugende Alternative zur Schweiz nirgends zu entdecken ist, bleibt sie gerade deshalb verteidigungswürdig. Verteidigungswürdig ist ihre Weiterexistenz als souveräner Staat, der jedoch dank seiner souveränen Entscheidung die internationale Zusammenarbeit kraftvoll unterstützt; verteidigungswürdig ist ihre dem Frieden in Europa förderliche Stellung ausserhalb militärischer Bündnisse; verteidigungswürdig ist ihre politische Ordnung, die mindestens so gut wie jede andere bestehende Ordnung das Selbstbestimmungsrecht des Volkes verwirklicht.

Sein oder Nichtsein der Schweiz hängt in erster Linie davon ab, ob die überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung diese Überzeugung teilt oder jener Schriftstellergruppe folgt, für welche die Schweiz nichts mehr Verteidigungswürdiges an sich hat. Denn kein Staat lebt länger als der politische Wille, der ihn trägt. Nur wenn die Schweizer entschlossen sind, ihren Staat als Rahmen oder Gefäss ihres Lebens und ihres Gestaltungswillens zu erhalten, können sie seinen Inhalt — seine Einrichtungen — ständig nach ihren Bedürfnissen ändern und verbessern. Denn nur wer die Schweiz will, kann an ihrer Erneuerung mitarbeiten. Dazu bietet der Kleinstaat alle nur wünschbaren Gelegenheiten. Deshalb finde ich ihn gross.

Weil die Schweiz nur als dauernde Aufgabe leben kann, bleibt sie ein Ziel, das jede Anstrengung lohnt.

Adresse des Autors:

U. Kügi, Redaktor der Weltwoche, Talacker 41, 8001 Zürich.